

Stett.
Holz-
Verkauf

Am Montag,
18. Dezember 1922,
vormittags 9 Uhr.

Stamm-
Holz

—V. sel.)
Landesgrundbesitzer vom
18. Dezember 1922,
vormittags 9 Uhr.

Versteigerung hier.
Gemeinderat.

Gold.
14. Dez. 1922,



und Schweine-Markt
verboten.

Stellungsamt: M a l e r.

Stuttgart

schön und gut.
Fenstermann, Leder-
str. 91

Weizenmehl,
Futtermehl,
Kleie

empfehlen billigt
Fr. Nonnenmacher.

Haus

gegen Verzinsung
kauften geucht.
angeboten umgehend unter
863 an die Verhänd-
lungsstelle.

Verkauf am Mittwoch,
13. ds. Mts. eine Partie



Schweine
Georg Kling,
Stammheim.



30 Wochen

schöne Kuh
auf am Freitag, den
18. Dezember, 1 Uhr nachm.
Forstmeister Haug,
Widberg.

Gehirgen.

schöne Kühe
schaff-Kuh



Ab dem Verkauf aus
ma Rühle, Wims-
bach

Rauhe
Felle aller
Art

Jakob Eberhardt,
Badstraße 312.

Calmer Tagblatt

Nr. 291

Am.s- und Anzeigebblatt für den Oberamtsbezirk Calw.

97. Jahrgang.

Verdichtungsweite: 6mal wöchentlich. Anzeigenpreis: Die kleinste Zeile 20.—
Wochen 80.—. Mit Sammelangeben kommt ein Zuschlag von 100 %.—. Remise 9.

Mittwoch, den 13. Dezember 1922.

Bezugspreis: In der Stadt mit Trägerlohn 20.— monatlich. Volksgesund-
heitspreis 15.— mit Beleggeld. — Schluss der Anzeigenannahme 8 Uhr vormittags.

Neueste Nachrichten.

Im neuen Gebäude des Reichswirtschaftsrats hielt Reichskanzler Dr. Cuno eine Ansprache, in der er gegen die etwaigen Ver-
suche unverantwortlicher Machtfaktoren, die Entschlüsse der
berufenen und verantwortlichen Leiter der Regierung zu beein-
flussen, Stellung nahm. Sodann kennzeichnete er die Aufgaben
der Außenpolitik dahin, die möglichst baldige Befreiung der
besetzten Gebiete zu erstreben, und mit den Staaten Mittel-
europas zu guten Beziehungen zu gelangen.

Poincaré hat über das Ergebnis der Londoner Konferenz
Erklärungen abgegeben. Er wies in seiner ordinären Art da-
rauf hin, die einmütige Ablehnung der deutschen Vorschläge
beweise, daß sich die Alliierten nicht mehr mit Worten und
unbestimmten Versprechungen Deutschlands begnügen würden.
Frankreich trete nach wie vor für die Wändepolitik ein, für
die jedoch zurzeit bei den Alliierten keine Gegenliebe zu be-
stehen scheint. Aber Frankreich behalte sich im Falle der Ab-
kehrung seines Standpunktes freie Hand vor.

Bonar Law sagte über die Frage der alliierten Kriegsschul-
den, England wolle Opfer bringen, soweit man Deutschlands
Schulden ermäßigen müsse. Über die Stellung Englands zur
Reparationsfrage an sich bewahrte er wie bisher Stills-
schweigen.

Der Reichskanzler im Reichswirtschaftsrat.

Für wirtschaftlichen Ausgleich und baldige Be-
freiung des Rheinlands.

Berlin, 12. Dezbr. In seinem neuen Dienstgebäude
in der Bellevuestraße trat heute der vorläufige Reichswirtschafts-
rat zu einer Vollversammlung zusammen. Da es die erste Vollversammlung
in den neuen Räumen war und die offizielle Übernahme des
Dienstgebäudes durch den Reichswirtschaftsrat erfolgen sollte,
sah die Sitzung in besonders feierlichem Rahmen statt. Am
Regierungstisch hatten der Reichspräsident Ebert, Reichskanzler
Dr. Cuno, Reichswirtschaftsminister Dr. Becker, zahlreiche
andere Minister des Reiches und der Länder, sowie Vertreter der
Berliner Parlamente usw. Platz genommen. Nachdem der Vor-
sitzende Eder v. Braun die Sitzung für eröffnet erklärt hatte,
ergriff Reichskanzler Dr. Cuno das Wort und führte aus:
Die Arbeiten des Reichswirtschaftsrats in ihrer bisherigen Form
waren dazu angetan, einen Ausgleich zwischen den wirtschaft-
lichen Kräften unseres Landes zu schaffen und zu einer aufbauen-
den Arbeit zu führen. Der Reichswirtschaftsrat soll grundlegende
wirtschaftliche Fragen durch wirtschaftliche Kreise beraten und
Begutachten lassen und zugleich der Regierung Anregungen geben,
die auf wirtschaftlichem Gebiete liegen. Was bisher auf diesem
Gebiete geleistet worden ist, das erlassen Sie mir in dieser Stunde
auszuführen. Aber die Männer möchte ich herausstreichen, die
sich ganz besonders um die Arbeit des Reichswirtschaftsrats ver-
dient gemacht haben. Neben dem Präsidium, das wir auch
heute die Freude haben vor uns zu sehen, waren es zwei Män-
ner, die nicht mehr unter uns weilen, die die Gedanken und
Arbeiten des Reichswirtschaftsrats ganz besonders gefördert
haben; es waren Legien und Dr. Rathenau, beide Män-
ner des Ausgleichs der Interessen zwischen Arbeitnehmer und
Arbeitgeber und des Ausgleichs zwischen den verschiedenen wirt-
schaftlichen Auffassungen. Sie an diese Namen in diesem Kreise
zu dieser Stunde zu erinnern, ist mir Pflicht. Die Zusammen-
setzung des Reichswirtschaftsrats und seiner Zuständigkeit ent-
sprach und entspricht einem aufrichtigen Bedürfnis unserer Tage.
Niemals zuvor war die Wirtschaft als Macht- und Kraftfaktor im
deutschen Volk und im deutschen Lande nötiger als in unseren
Tagen, niemals zuvor kam es so sehr darauf an, daß alle wirt-
schaftlichen Kräfte zusammengefaßt werde, um das Ziel zu errei-
chen, nach dem wir alle streben; endlich das Problem, das auf
unserem ganzen Wirtschaftsleben lastet, einer endgültigen Lö-
sung entgegenzuführen.

Berlin, 12. Dezbr. Dr. Cuno fortfahrend: Niemals zuvor ist
es mehr darauf angekommen, bei dieser Arbeit den Ausgleich
der Gegensätze zu finden und alle Köpfe auf das eine Ziel anzu-
spannen: den Ausgleich der Gegensätze der Parteien, im Staate,
dem Ausgleich der Gegensätze in den verschiedenen Klassen, den
Ausgleich nach beiden Richtungen zu finden, sowie den Weg zu
einer Verschärfung der Arbeit. Diese Aufgaben des Reichswirt-
schaftsrates entsprechen genau dem, was wir im neuen Reichs-
kabinett als unser Arbeitsprogramm uns vorgestellt haben. Es

gibt hier keinen Machtfaktor und kein Kraftzentrum, das stark
genug wäre, der Regierung die Fühl aus der Hand zu nehmen
(lebhafter Zustimmung). Ich appelliere ganz besonders an die
restlose Unterstützung der Regierung und der Regierungsarbeit.
Ich möchte glauben, daß diese Stellung von Wirtschaft und
Regierung jetzt einen besonderen Ausdruck in der Lösung der Re-
parationsfrage gefunden haben wird. Ich spreche nicht über die
schwebenden Verhandlungen, die in London begannen und in
Paris fortgesetzt werden sollen. Nur einen Grundgedanken möchte
ich herausheben aus dem, was geschehen ist und aus dem, was
werden soll. Die Regierung ist der Meinung, daß es falsch
wäre, das Schicksal des Volkes und des Landes in andere Hän-
de zu legen als in die der berufenen und verantwortlichen Hüter
des deutschen Volkes. Das hat wohl zu dem Standpunkt geführt,
daß wir auch in den ersten Tagen unserer Regierung nicht die
Hände in den Schoß legen, sondern sofort an die Arbeit gingen.
Wir haben dies getan, indem wir einen positiven Vorschlag vor-
gelegt haben, der allerdings keine endgültige Lösung, aber doch
ein Vorbote der endgültigen Lösung sein könnte. Dieser positive
Vorschlag — man mag über seine Einzelheiten denken wie man
will — ist aufgebaut auf dem Grundgedanken, daß wir in dem
Bestreben der Befreiung weiter Gebiete unseres Reiches und un-
serer Wirtschaft von dem Druck und den Lasten der Reparations-
frage einig sind und daß es zur Erreichung dieses Zieles der Zu-
sammenschließung der letzten Kräfte des ganzen Volkes bedürfe
und der Zusammenfassung des ganzen Vertrauens des Auslandes,
das noch zu Deutschland besteht. Beides soll zu gleicher Zeit der
Wertmesser sein für die Leistungen, die wir für die Lösungen des
Problems bringen können. Mehr kann nicht von uns verlangt
werden. Ich finde es wenig befriedigend, daß ein so ernster,
von festem Willen getragener Vorschlag, dieses Problem zu lösen
unter Einsetzung unserer ganzen Kraft und unserer ganzen Mit-
arbeit nicht wenigstens die Beachtung gefunden hat, die man an-
gesehen dieses Vorschlags, einen Weg zu gemeinschaftlichen Ver-
handlungen zu finden, ohne die die Lösung dieser Fragen über-
haupt nicht möglich ist, erwarten konnte. (Sehr richtig.) Was
uns auch bevorsteht mag, was immer auch kommen mag in der
weiteren Entwicklung dieser Verhandlungen, wir müssen zusam-
menarbeiten mit allen unseren Kräften. Es muß die Einheit
nicht nur der Wirtschaft, sondern auch der Stämme und Länder
gewahrt bleiben. Darüber hinaus müssen wir die wirtschaftliche
Kraft aufbringen, das möglichste zu leisten, was wir bei einer
endgültigen Lösung des Problems auf uns nehmen können. Wir
müssen auch zu besonderen wirtschaftlichen Beziehungen über die
Grenzen des Deutschen Reiches hinaus zu den Nachbarländern
in Mitteleuropa zu gelangen suchen. Wenn uns das gelingt,
so wird das besonders jenen zugute kommen, die an uns noch
heute außerordentlich große Forderungen stellen. Wir wissen,
daß kein Staat die Gesetze der Wirtschaft misshandeln darf. Und so
übergebe ich dieses Haus für weitere fruchtbare Arbeit in Beratun-
gen und Verhandlungen seiner Exzellenz dem Präsidenten
des Reichswirtschaftsrates als Vertreter des Deutschen Reiches.
Ich spreche die Hoffnung aus, daß die Arbeit, die hier geleistet
wird, dem Reiche und dem deutschen Volke reichen Segen bringen
möchte. (Lebhafter Beifall.)

Der Vorsitzende des Reichswirtschaftsrates, Eder v. Braun,
übernahm das neue Gebäude im Namen des Wirtschaftsrates zu
treuen Händen und gelobte, daß es eine Stätte ernster, leidens-
chaftloser und aufopfernder Arbeit für die Zukunft Deutschlands
werden soll. Der Vorsitzende gab dann in eingehender Darstel-
lung einen Rückblick über die bisherige Tätigkeit des Reichswirt-
schaftsrates für die Gesetzgebung und dankte der Regierung für
ihre Entgegenkommen. Dann führte er weiter aus: Deutschland
geht entweder den Weg des Verderbens weiter oder wir werden
nur noch ein Trümmerfeld, aus dem die Feinde vergeblich ver-
suchen werden, das Letzte auszubeuten. Dann aber würde Europa
mit in den Niedergang gezogen werden. Er hoffe aber, daß es
mit vereinten Kräften gelingen werde, den Genius des deutschen
Volkes aus dem tiefen Schlafe zu erwecken und das Gepein des
Verfalls zu verschleppen. Wir wollen so schnell der Redner, den
Wut nicht sinken lassen. Wir wollen in diesem Hause ohne Unter-
schied der Partei weiterarbeiten für Deutschlands Rettung. Wir
wollen hier nur daran denken, daß wir Deutsche sind, berufen
das Deutsche Reich vor dem Zusammenbruch zu retten. Mit die-
sem festen Gedanken ergreift der Reichswirtschaftsrat von seinem
neuen Heim Besitz. (Beifall.)

Darauf trat das Haus in die Tagesordnung ein. Der Er-
höhung der patentamtlichen Gebühren wird zugestimmt, ebenso
der Ergänzung des Gesetzes über die Kapitalflucht. Das Haus
vertrug sich darauf auf Mittwoch Vormittag 11 Uhr.

Nach der Londoner Konferenz.

Die ablehnende Antwort
auf die neuen deutschen Vorschläge.

London, 13. Dezbr. Der Bericht der Konferenz der alli-
ierten Ministerpräsidenten über die Ablehnung des deut-
schen Reparationsplanes wurde gestern abend von Bonar
Law abgelesen. Er besagt, unter den vorliegenden Um-
ständen böten die deutschen Vorschläge keine Lösung der Re-
parationschwierigkeiten.

Poincaré über das Ergebnis der Konferenz.

Paris, 12. Dezbr. Nach der Schlußsitzung der Londoner
Konferenz hat Poincaré den Journalisten Erklärungen
abgegeben, die der Berichterstatter des „Petit Parisien“ wie
folgt zusammenfaßt: Im Laufe der Verhandlungen sei nur
die deutsche Note und die europäischen interalliierten
Kriegsschulden gründlich erörtert worden. Daß die deutsche
Note einmütig abgelehnt worden sei, bedeute, daß sämtliche
Konferenzteilnehmer sich darüber einig seien, sich nicht mehr
mit Worten und unbestimmten Versprechungen Deutschlands
zu begnügen. Das sei eine höchst erfreuliche Feststellung.
In der Schuldenfrage sei ein großer Schritt vorwärts ge-
tan worden, da Bonar Law die Versicherung gegeben habe,
daß die Frage ohne Rücksicht auf Amerika verhandelt wer-
den könne. Im übrigen werde sich der englische Premier-
minister in dieser Beziehung im englischen Unterhaus aus-
sprechen. Er, Poincaré, lege den größten Wert darauf, den
Punkt betreffend die Annullierung der Bonds C klarzu-
stellen. Er stimme einer Annullierung nur bis zu dem Be-
trag der französischen Schuld bei England zu. Die Pfän-
derfrage sei nicht gründlich erörtert worden. Sie werde
in den Pariser Besprechungen anfangs Januar wieder auf-
genommen werden. Er wisse nicht, ob der französische
Standpunkt Annahme finden werde. Sein Eindruck sei der,
daß er in der gegenwärtigen Form wenig Aussicht habe,
aber er habe sich für Frankreich volle Handlungsfreiheit
in dieser Beziehung vorbehalten und wenn keine
Verständigung erreicht würde, dann würde die Feststellung
der Uneinigkeit nicht einen Versuch der Entente nach sich
ziehen. Wenn man sich andererseits in Paris über dieses
Programm verständigen würde, werde man unmittelbar
darauf eine Plenarkonferenz einberufen, an der sämtliche
beteiligten Länder teilnehmen würden, die entweder in
Brüssel oder in Paris stattfinden könne.

Bonar Law über die Frage der alliierten Kriegsschulden.

London, 13. Dezbr. Bonar Law gab gestern im Unter-
haus wichtige Erklärungen über die interalliierten Kriegs-
schulden ab. Kennworthy fragte den Premierminister, ob
er, bevor das Haus sich vertage, eine Erklärung über die
deutschen Reparationen abgeben werde. Bonar Law erwi-
derte, wie das Haus wisse, sollten die in London erfolgten
Unterredungen anfangs Januar in Paris fortgesetzt wer-
den. Unter diesen Umständen werde es für ihn unmöglich
sein, auf Erörterungen Bezug zu nehmen, die bereits statt-
gefunden hätten. Es gebe jedoch noch eine Frage, nämlich
die der europäischen interalliierten Schulden, die in der
Presse erwähnt worden sei. Er halte es für richtig, die
Aufmerksamkeit auf die in dieser Hinsicht von ihm ge-
brauchten Worte zu lenken. Ich sagte, fuhr Bonar Law
fort, es würde nicht richtig sein, daß die Regelung in einer
solchen Weise festgesetzt würde, daß wir allein von den alli-
ierten Ländern tatsächlich eine Entschädigung zahlen wür-
den. Was mir billig erschien, war, den Gesamtbetrag, der
von Deutschland nicht bezahlt werden kann, zu zerlegen
und zu sagen: Da wir nicht alles von Deutschland erhalten,
was wir erwarten, müssen wir unsere Forderung ermäßig-
gen. Aus diesem Grunde fügte ich hinzu: Wenn wir die
Möglichkeit einer völligen Regelung sehen und die Aussicht
auf einen endlichen Abschluß, so wären wir bereit, ein ge-
wisses Risiko zu laufen und nicht soviel von den Alliierten
und von Deutschland zu erhalten, als wir Amerika vielleicht
werden zahlen müssen. Ich fügte weiter hinzu, es sei sicher,
und jedermann würde zustimmen, daß es schwierig sein
werde, ein solches Zugeständnis zu machen, wenn die gesamte
Lage von neuem erörtert werden sollte. (Beifall.) — Kenn-
worthy fragte hierauf, ob dies bedeute, daß keinerlei Er-
klärung über die Regierungspolitik bezüglich der deutschen
Reparationen, abgesehen von der Frage der interalliierten
Schulden, erfolgen werde und ob die Möglichkeit bestehe,
daß die Franzosen Sanktionen zur Anwendung bringen,

Bevor das Parlament wieder zusammentrete. — Bonar Law erwiderte: Es besteht kein Zweifel, daß viele Fragen über dieses Thema an mich bei der Debatte am Donnerstag gerichtet werden. Die Regierung will aber nicht den Erfolg weiterer Konferenzen gefährden.

Die Konferenz in Lausanne. England besteht auf „Neutralisierung“ der Insel Gallipoli.

Lausanne, 11. Dezbr. Zu den Sachverständigenberatungen am Samstag erzählt man, daß die Frage der Garnisonen in Konstantinopel und auf der Halbinsel Gallipoli erörtert worden ist. In der ersten Frage ergeben sich keine großen Schwierigkeiten. Was aber die Halbinsel Gallipoli betrifft, so lehnten die Engländer die Forderungen der Türken nach einer Garnison ab. Sie schlugen vor, daß man die Halbinsel in zwei Teile teile, von denen der eine eine geringe türkische Besatzung erhalten könne. — In der Unterkommission für die Kapitulationsfrage erhoben die Türken u. a. die Forderung, daß den Ausländern die Ausübung freier Berufe, wie z. B. der des Advokaten- oder Arztberufs in der Türkei untersagt ist.

Ein Zwischenfall zwischen Russen und Alliierten.

Lausanne, 12. Dezbr. Heute vormittag nahmen auf Grund einer telephonischen Einladung die russischen Sachverständigen zum ersten Mal an einer Sitzung der alliierten Sachverständigen teil. Dabei kam es zu einem Zwischenfall, der damit endete, daß die russischen Sachverständigen unter Protest die Versammlung verließen. Die russische Abordnung richtete darauf eine schriftliche Erklärung an den Präsidenten der Konferenz, um gegen die eingetretenen Änderungen zu protestieren, die den Bedingungen, unter denen Rußland eingeladen worden ist, und den Gepflogenheiten der Konferenz widersprechen. Gleichzeitig richtete die russische Abordnung an die Presse eine Mitteilung, die über die Zwischenfälle in der heutigen Vormittagsitzung Aufklärung gibt.

Lausanne, 12. Dezbr. Der heutigen Sitzung der alliierten Sachverständigen über die Meerengenfrage wohnen auf besondere Einladung auch russische Delegierte bei. Den russischen Delegierten wurde ein Dokument über die Freiheit der Meerengen vorgelegt mit dem Bemerkten, daß es sich vorläufig nicht um die Beratung des Problems, sondern nur um Auskünfte handle. Die Russen erklärten darauf, daß sie Auskünfte über ein Dokument, das ihnen bisher noch nicht bekannt geworden sei, nicht erteilen könnten, zumal es wesentliche Abänderungen der Voraussetzungen enthalte, unter denen Rußland an den Beratungen teilnehmen wollte. Schließlich verließen die russischen Sachverständigen die Sitzung, da ihre Teilnahme gegenstandslos geworden sei.

Die Frage des Minderheitenschutzes.

Lausanne, 12. Dezbr. In der heutigen Sitzung des Ausschusses für das Fremdenstatut hielt Lord Curzon eine Rede, in der er auf das Nachrückliche forderte, daß der Schutz der christlichen Minderheiten in der Türkei gleichzeitig mit dem Schutz der Mohammedaner in Griechenland im Friedensvertrag in wirksamer Weise geregelt werde. Er schlug vor, daß man dabei von den Bestimmungen der europäischen Friedensverträge ausgehe, außerdem aber folgenden Gesichtspunkten Rechnung trage: 1. Eine Generalamnestie ist von der türkischen und der griechischen Regierung für alle Vergehen der letzten neun Jahre zu erlassen. 2. Befreiung vom Militärdienst der Christen in der Türkei und der Mohammedaner in Westthrazien gegen eine Militärsteuer. 3. Freizügigkeit der Christen und Mohammedaner. 4. Eine Kontrollkörperchaft für den Minderheitenschutz, die ihren Sitz in Konstantinopel und in einer geeigneten griechischen Stadt haben soll. — Lord Curzon wünschte, daß der Völkerbund diese Rolle übernehme, dem auch die Türkei beitreten möge. Nach den Darlegungen Curzons kommen für den Minderheitenschutz, falls

der Bevölkerungsaustausch nicht stattfindet, etwa 124 000 Türken in Westthrazien in Betracht. Was die Minderheiten in der Türkei betrifft, so handelt es sich um etwa 400 000 Griechen in Konstantinopel, 130 000 Armenier in Konstantinopel und etwa 130 000 Armenier im übrigen türkischen Gebiet als Ueberlebende der früher drei Millionen betragenden armenischen Bevölkerung. — Wie vom Völkerbund die Minderheiten geschützt werden, das sieht man aus den Borgängen im Saargebiet, in Danzig, in Poinisch-Oberbesklesien, Posen, in Deutsch-Schlesien usw.

Ausland.

Demonstrationen der Rechtsparteien gegen den neugewählten polnischen Staatspräsidenten.

Berlin, 11. Dezbr. Wie die „B. Z. a. M.“ aus Warschau meldet, finden dort große Demonstrationen gegen den neugewählten Staatspräsidenten R a r u t o w i c z statt. Die Demonstrationen gehen von nationalistischen und antisemitischen Kreisen aus. Die drei nationalistischen Parteien erließen eine Erklärung, daß sie keine Verantwortung für den weiteren Verlauf der Staatsmaschine übernehmen.

Die Nobelpreisverteilung.

Stockholm, 12. Dezbr. Gestern hat die feierliche Verleihung der Nobelpreise durch den König von Schweden stattgefunden. Es erhielten: den Physikpreis für 1921 Professor C l a s t e i n, den Physikpreis für 1922 der Engländer S o d d, den Chemiepreis für 1922 der Engländer A s t a n, den Literaturpreis der spanische Dichter Jacinto Benavente. Für den abwesenden Professor Einstein nahm, wie gemeldet, der deutsche Gesandte Adolphi den Preis in Empfang. Bei dem nachfolgenden Bankett führte der Gesandte aus, daß die Erteilung des Preises auch in der Schweiz Anerkennung finden werde, da die Schweiz dem Gelehrten jahrelang Heimat und Arbeitsmöglichkeit gewährt habe und somit Deutschland und die Schweiz sich in den Rufm des Gelehrten zu teilen hätten.

Freigabe der kleinen beschlagnahmten Vermögen deutscher Staatsangehöriger in Amerika.

Newport, 12. Dezbr. (Durch Funkpruch.) Die Regierung hat beschlossen, auf die Erledigung des Gelehtentwurfs durch den Kongreß noch in der laufenden Tagung zu dringen, durch den die Ermächtigung erteilt wird, 30 000 Depots im Betrage von 1000 bis 10 000 Dollar freizugeben, die der Verwalter des beschlagnahmten fremden Eigentums in Verwahrung hat. Der Senat genehmigte die Vorlage, wodurch die Frist für die Einreichung von Anträgen auf Zurückstattung des fremden Eigentums bis zum 2. Jan. verlängert wird.

Deutschland.

Zur Kriegsschuldfrage.

Aus den Tagebüchern von Militärpersonen, welche zu Anfang des Krieges als Dolmetscher tätig waren, sind in letzter Zeit wertvolle Aufzeichnungen über die militärischen Vorbereitungen unserer Feinde vor dem eigentlichen Kriegsausbruch bekannt geworden. Die Mitteilungen stützen sich größtenteils auf Aufzeichnungen aus Tagebüchern, welche bei den Gefangenen vorgefunden wurden. Da anzunehmen ist, daß sich im Privatbesitz noch weiteres derartiges Material befindet, bittet die Zentralstelle für Erforschung der Kriegursachen, Berlin NW. 6, Luisenstraße 31 a, ihr alle derartigen Nachrichten zur wissenschaftlichen Auswertung zur Verfügung zu stellen. Vorkauslagen werden auf Wunsch zurückvergütet.

Das Memelland wünscht Selbständigkeit.

Memel, 11. Dezbr. In dem Bericht, den die memelländische Delegation über ihre Verhandlungen mit der Botschafterkonferenz in Paris über die Memelfrage erstattete, teilte der Führer, Handelskammerpräsident Krauß, den Wortlaut seiner vor der Botschafterkonferenz gehaltenen

Rede mit. Darin heißt es u. a., daß das Memelland wesentlich seines Hafens wegen abgetrennt werde. Die Angliederung an Litauen würde aus wirtschaftlichen Gründen verhängnisvoll sein, da dieses als Hinterland viel zu klein sei, um den Hafen auch nur zu einem ganz geringen Teil zu beschäftigen. Außerdem sei die Grenzlinie zwischen dem Memelgebiet und Litauen vor allem eine kulturelle Scheidelinie. Alle Vertreter der Erwerbstände und der politischen Parteien sprachen sich einstimmig für einen Freistaat Memelland unter dem Schutz einer Weltmacht aus.

Die unerhörte Gewaltherrschaft der Franzosen im Rheinland.

Berlin, 13. Dezbr. Zu der Verurteilung des Referenten für Besatzungsangelegenheiten bei der Regierung in Wiesbaden, Dr. P r a n g e, zu 5 Jahren Gefängnis, durch ein französisches Kriegsgericht in Mainz erzählt eine Korrespondenz, daß die Anklage der Spionage sich vermutlich auf Schriftstücke stützte, die in dem Arbeitsraum Dr. Pranges seinerzeit gefunden wurden, als sein dienstliche Schreibstisch erbrochen (!) und Schriftstücke über alliierte Truppenbewegungen im Rheinland entwendet wurden. Zu diesen Berichten jedoch war Dr. Prange amtlich verpflichtet, da es seine Aufgabe war, um Wohnungsgelegenheit für die Truppen zu schaffen, rechtzeitig seiner Behörde Kenntnis über Truppenverschiebungen zu geben.

Die Aenderung der Zwangsanleihe.

Berlin, 13. Dezbr. In dem dem Reichstag zugegangenen Gesetz über die Aenderung der Zwangsanleihe wird die allgemeine Freigrenze von 100 000 auf 200 000 M. erhöht. Ebenso werden die besonderen Freigrenzen für Kapitalvermögen verdoppelt.

Steuer- und Versorgungsfragen.

Berlin, 13. Dezbr. Im Steuerauschuß des Reichstags erklärte Reichsfinanzminister Dr. H e r m e s, mit den Vorbereitungen sei er der Ansicht, daß die Zeit kommen müsse, wo den Ländern und Gemeinden wieder Selbständigkeit und Bewegungsfreiheit zugestanden werden könne, die die Voraussetzung einer eigenen selbstverantwortlichen Finanzwirtschaft bilden. Die restlose Wiederherstellung des früheren Zustands halte er allerdings für ausgeschlossen. Ein Gesetz über die Fürsorge der Kleinrentner sei in Vorbereitung. Nach der laufenden Fürsorge seien schon jetzt für die Beschaffung von Winterbedarf 1,5 Milliarden bereitgestellt worden. Was die Verbilligung des Brotgetreides angehe, so sei hierfür Vorbedingung, daß die Landwirtschaft die vorgeschriebene G e t r e i d e u m l a g e pünktlich und in vollem Umfang absetze.

Die Anpassung der Löhne der Reichsarbeiter an die Teuerung.

Berlin, 12. Dezbr. Nach dem Ergebnis der im Reichsfinanzministerium beendeten Verhandlungen mit den Organisationen der Reichsarbeiter soll unter Voraussetzung der Bewilligung der hierzu erforderlichen Mittel durch ein Nachtragsgesetz zum Reichshaushalt der Stundenlohn der ungelerten männlichen Arbeiter in Ortsklasse A in der ersten Dezemberhälfte um 40 Proz. und in der zweiten Dezemberhälfte um weitere 30 Proz. erhöht werden. Die Verhandlungen über die Erhöhung der Bezüge der Beamten und Angestellten finden morgen statt.

Raub.

Berlin, 13. Dezbr. Gestern nachmittag verschafften sich drei Männer unter dem Vorwand, die Salousten in Ordnung bringen zu wollen, Eingang in die Wohnung einer Frau Ewert in der Bregenerstraße in Berlin. Sie schlugen darauf die Frau nieder, sodas sie betäubungslos liegen blieb und raubten dann aus dem Zimmer eines Untermieters Gold-, Silber- und Platin schmuckstücke, sowie Pelze und andere Sachen im Werte von zehn Millionen Mark. Die Täter entkamen.

Der Weihnachtsfund.

Von Hermann Kurz.

„Die Grete“, erzählte einer der Knechte, auf die kleine Wuselige deutend, „hat es vielleicht getroffen. Die hat gleich zu uns gesagt: „passet auf und denkt an das Gesicht, mit dem der Alex heute morgen in das Haus gekommen ist.“ „Der Alex!“ rief der Löwenwirt. „Ist auch wahr! Der hat ausgesehen wie das böse Gewissen. Aber es sei ihm ja ein Geist erschienen.“

„Was Geist!“ sagte der alte Philipp. „Das kann er eben so gut gelogen haben, um sein Aussehen zu entschuldigen.“

„Natürlich!“ sagte die Wuselige, mit ihrem Scharfsinn glänzend, „wenn man solche Gewissensbisse hat und dazu die Angst vor der Entdeckung, dann kann man wohl ein Gesicht machen, wie wenn man einen Geist gesehen hätte.“

„Jetzt haben wir den Geist und den Schah!“ rief der alte Philipp. „Eins ist so verlogen wie das andere. Ich habe ja nie dran geglaubt.“ setzte er hinzu, nicht eingedenk, daß er der Sache vor ein paar Stunden eine ganz andere Auslegung gegeben hatte.

„Das wäre allerdings eine Spur“, sagte der Löwenwirt bedenkenlos.

„Ja, es hat auch jedermann gleich eingeleuchtet!“ rief die Wuselige.

„Die Grete hat die ganze Stadt rebellisch gemacht.“ setzte der Knecht hinzu, der ihren Einfall zuerst zur Sprache gebracht hatte. „Nach der Kirche sind die Leute auf dem Markt herumgestanden und haben von nichts geredet als von dem Findelkind. Wie nun die Grete zu uns sagt: „Denket an den Alex!“ da hat alles gleich geirrt, und wie sie gehört haben, was sich mit ihm begeben hat, da hat alles zusammen gesagt: „So! so! ja! ja! jetzt ist kein Wunder!

der Alex und seine Jungfer Braut! aber da fragt die Obrigkeit nichts darnach, es sind ja Reichel!“ Und so ist fortgegangen, wie ein Lauffeuer.“

„Du stellst mir da seine Geschichten an!“ rief der Löwenwirt seiner scharfsinnigen Magd im höchsten Anmut zu. „Wenn jetzt gar nichts hinter deinem dummen Geschwätz ist, und der Alex klagt, so bringst du mich in Ungelegenheiten. So komm mir nicht wieder.“

Die kleine Wuselige schwieg bestürzt und laute trübselig an dieser Probe von der Wandelbarkeit und Ungelegenheit der Welt, welche ihr statt des Beifalls, den sie verdient zu haben glaubte, das Gegenteil zu schinden gab. „Das Kind sei gut eingewickelt gewesen.“ sagte die Löwenwirtin nach einer Weile. „Wie sieht denn das Kindzeug aus? du hast es ja gesehen, Grete?“

„Ja wohl,“ erwiderte diese, noch etwas kleinlaut, aber schon wieder vergnügt, daß ihre Wichtigkeit nicht ganz verkannt wurde. „Bornehm sieht es nicht aus, aber ganz ordentlich und sauber.“

„Ein Wunder ist mirs aber doch,“ bemerkte der alte Philipp, „wie man mit dem Kind gerade an den Schuhmacher geraten ist, der schon neune hat. Ein ärmeres Haus hätte man in der ganzen Stadt nicht finden können.“

„Ja, das ist mir auch ein besonderer Geschmack,“ versetzte der Löwenwirt.

„Es ist vielleicht doch nicht so dumm, wie es aussieht,“ sagte die Löwenwirtin, indem sie in ihrer ruhig nachsinnenden Art vor sich hinblickte und den Kopf wiegte. „Wir haben vorhin in der Küche davon gesprochen, was für eine gute Mutter die Schuhmacherin sei und wie die Leute überhaupt so glücklich seien. Das hat die schlechte Person sicher auch gemerkt, oder der, dem sie das Kind zum Aussehen übergeben hat; denn das schlechte Pack muß mit allem bekannt gewesen sein, sonst hätten sie das Schuhmacherhäusle,

in der Nacht sogar, schon um seines häuslichen Aussehens willen gemieden. Auch hat es der Erfolg ausgewiesen, daß sie richtig spekuliert haben, denn die Leute wollen ja Vaters- und Muttersstelle bei dem Kind vertreten, was andere nicht so leicht getan hätten.“

„Sieh, sieh, du hast recht,“ sagte der Löwenwirt. „Da hat ein blindes Schwein eine Eichel gefunden.“

„In welchem Komplimenterbuch steht das?“ fragte die Löwenwirtin groß aufschauend.

„In der Schüssel da,“ erwiderte er gleichmütig. „Es ist mir über dem Sauerkraut und Schweinefleisch eingefallen und soll gar nichts weiter bedeuten, als daß du ein ausbündig geschaites Weib bist. Uebrigens,“ setzte er hinzu, „ist das Pack dann doch nicht so schlecht, wie du sagst, denn sie haben nicht übel geforgt und haben für das Kind alles getan, was in ihren Kräften gestanden ist.“

„Was?“ rief die Löwenwirtin und fuhr abermals auf, wie sie vorhin in der Küche aufgefahren war, denn ihr Mann hatte hier ein Kapitel berührt, in welchem sie durchaus keinen Spaß verstand, zumal in Gegenwart der Magde. Sie hatte sich ohnehin von Anfang an vorgenommen, aus der Begebenheit für diese eine passende Nutzenanwendung zu ziehen, die sie nun in ungewöhnlich scharfem Tone gab, reichlich mit Versen aus Jesus Strach versehen und durchwoben mit jenen schwerfälligen Ausdrücken, welche der Volks- und Bibelprache geläufig sind. Nach ihrer Ansicht war die Schlechtigkeit der Weibsperson, die sich die Aussetzung ihres leiblichen Kindes zu schulden hat kommen lassen, durch dieses Verbrechen nur wenig erhöht worden, dieselbe vielmehr damals schon, als sie Gottes Gebot abtrat, schlechter als schlecht gewesen.

(Fortsetzung folgt.)

Aus Stadt und Land.

Calw, den 13. Dezember 1922.

Die neuen Post- und Telegraphengebühren.

Die wichtigsten Gebühren, die vom 15. Dezember 1922 an im Post-, Postfach- und Telegraphenverkehr innerhalb Deutschlands gelten, sind folgende: für Postkarten im Ortsverkehr 5 M, im Fernverkehr 15 M; Briefe im Ortsverkehr bis 20 gr. 10 M, über 20 bis 100 gr. 15 M, über 100 bis 250 gr. 25 M; für Briefe im Fernverkehr bis 20 gr. 25 M, über 20 bis 100 gr. 35 M, über 100—250 gr. 45 M; für Drucksachen bis 25 gr. 5 M, über 25 bis 30 gr. 10 M usw. bis 1 kg. zu 45 M, für Ansichtskarten, auf deren Vorderseite außer der Adresse höchstens 5 Worte stehen, 5 M; für Pakete bis 1 kg. 50 M, für Pakete bis 5 kg. in der Nahzone 125 M, in der Fernzone 250 M, über 5 bis 6 kg. 150 bezw. 300 M usw. bis zu 20 kg. 850 bezw. 1700 M; für Wertsendungen (Wertbriefe und Wertpakete) die Gebühr für eine gleichartige eingeschriebene Sendung und die Versicherungsgebühr, die beträgt für je 1000 M 20 M; für Postanweisungen bis 100 M 12 M, über 100—200 M 20 M, über 200—500 M 30 M usw. bis zum Betrage von 5000—20000 M 80 M. Die Einschreibgebühr ist auf 20 M, die Vorzeigebühr für Nachnahmen und Postaufträge auf 12 M festgesetzt. Für die Eilbestellung sind bei Vorauszahlung zu entrichten für eine Briefsendung nach dem Ortsbestellbewirt 30 M, nach dem Landbestellbezirk 90, für Pakete 60 bezw. 120 M; für bar eingezahlte Zahlkarten bis 100 M einschl. 6 M, über 100—200 M 10 M, über 200—500 M einschl. 15 M usw. bis zu 20000 M 30 M, für je weitere 10000 M oder einen Teil dieser Summe mehr 20 M. Im Telegraphenverkehr sind die wichtigsten Gebühren für Ferntelegramme Grundgebühr 40 M und außerdem für jedes Wort 20 M, für Ortstelegramme Grundgebühr 20 M und außerdem für jedes Wort 10 M, für Zustellung bei ungenügender Anschrift 30 M, für abgekürzte Telegrammanschriften jährlich 2000 M. Die Auslandsgebühren betragen vom 15. Dez. ab: für Postkarten 50 M, jedoch nach Ungarn und Tschechoslowakei 40 M; für Briefe bis 20 gr. 80 M, jede weiteren 20 gr. 40 M (Meißengewicht 2 Kilo), jedoch nach Ungarn und Tschechoslowakei bis 20 gr. 60 M, jede weiteren 20 gr. 40 M, für Drucksachen für je 50 gr. 15 M, für Blindenschriftsendungen für je 500 Gramm 5 M (Meißengewicht 3 kg).

Gegen das wilde Händlertum.

Aus verschiedenen Teilen des Reichs wurden Klagen laut, daß durch das Gebaren gewisser Händler, die in eigener Person Butter oder Käse beim Erzeuger, bei den Molkereien und anderen Milchverarbeitungsbetrieben zum Wiederverkauf aufkaufen, die Butter- und Käsepreise in die Höhe getrieben werden und vielfach die Milchverföhrung der Städte beeinträchtigt wird. Der Reichsminister für Ernährung und Landwirtschaft hat eine Verordnung erlassen, wonach die Landesregierungen bestimmen können, daß diese Aufkäufer einer besonderen Erlaubnis bedürfen.

Preisüberwachung im Vieh- und Tierhandel.

Durch eine Verfügung des Arbeits- und Ernährungsministeriums werden die gewerbmäßigen Pferde- und Viehhändler, die den Handel in Württemberg ausüben, zur Führung besonderer Ein- und Verkaufsverzeichnisse (Handelsverzeichnisse) verpflichtet, in denen nähere Angaben über die gehandelten Tiere, Namen und Wohnort der bisherigen Eigentümer oder Besitzer und der Erwerber der Tiere sowie die Ein- und Verkaufspreise einzutragen sind. Die Händler haben die Verzeichnisse bei Ausübung des Viehhandels bei sich zu führen und die Eintragungen jenseits unmittelbar nach dem Abschluß eines Handelsgeschäftes vorzunehmen. Durch die Vorschriften soll vor allem die Möglichkeit geschaffen werden, die Entwicklung der Vieh- und Fleischpreise zu überwachen und unberechtigten Preissteigerungen entgegenzutreten. Die Verzeichnisse sind neben den aus seuchenpolizeilichen Gründen vorgeschriebenen Viehkontrollbüchern zu führen. Verstöße gegen die Vorschriften, insbesondere die Unterlassung der vorgeschriebenen Eintragungen und wahrheitswidrige Einträge haben Strafverfolgung und Entziehung der Viehhandelserlaubnis zu gewärtigen. Die strenge Einhaltung der Vorschriften wird durch besondere Maßnahmen überwacht werden.

Wintersport.

Durch die letzten Schneefälle wurden für den Wintersport überaus günstige Vorbedingungen geschaffen. Allenfalls fehlte schon Ende letzter Woche ein starker Wintersportverkehr ein, der sich alle Teile des Gebirges zum Ziele wählte. Im nördlichen, wie im mittleren und südlichen Schwarzwald wimmelte es von Skiern. Aus allen Großstädten in Baden und Württemberg, ja sogar aus Hessen und Preußen, kamen die Wintersportler. Meistens wurde der Ski in Bewegung gesetzt, da für den Nodel der Schnee noch zu weich war. Die Schneegrenze geht bis 500 Meter herab, bei 800 Meter Höhe liegt der Schnee schon durchschnittlich 1 Meter hoch.

Gemeinderatswahlen.

In Biberach entsfielen auf die Vereinigten Bürgerlichen Parteien (Bürgerpartei, Demokraten und Zentrum) 5 Sitze mit 2019 Stimmen, auf den Wahlvorschlager der Arbeiter und Angestellten 4 Sitze mit 13954 Stimmen und auf den der Mittelstandsgruppe 1 Sitz mit 4571 Stimmen. — In Bietigheim erhielt die Bürgervereinigung 4 Sitze, die Demokraten 1, Sozialdemokratie 2 und Kommunisten 2 Sitze. Abgestimmt haben 64 Prozent. — In Sindelfingen gingen 5 Demokraten, 3 Sozialdemokraten und 1 Kommunist aus der Wahl hervor.

In Heilbronn erhielten die Demokraten 5 Sitze, Sozialdemokraten 5, Zentrum 1, Bürgerpartei 2, Deutsche Volkspartei 1 und Kommunisten 1. Die Sozialdemokraten verloren 1 Sitz an die Bürgerpartei, die Demokraten 1 an die Deutsche Volkspartei. — In Göppingen haben von

13250 Wählern 8505 abgestimmt. Die Demokraten haben 4 Sitze, das Zentrum 2, die Deutsche Volkspartei 2, die Ver. Soz. 6 und die Kommunisten 1 Sitz errungen. Die Bürgerpartei ging leer aus. — In Ehlingen erhalten nach dem vorläufigen Ergebnis die Soz. 4, die Dem. 3, die Komm. 3, Deutsche Volksp. 2, Landwirte 2 und Bürgerp. 1 Sitz; das Zentrum und Unparteiische gehen leer aus. — In Neuenbürg entsfielen auf den Wahlvorschlager der Bürgerlichen Vereinigung (Bürgerpartei, Deutsche Volkspartei, Zentrum, Demokraten, Gewerbeverein, Haus- und Grundbesitzerverein) 5 Sitze, auf den der vereinigten Arbeiterschaft 3. Die Kommunisten gingen leer aus.

Protestversammlung der Wirte.

(ECB.) Stuttgart, 8. Dezbr. Im großen Saal des Bürgermuseums haben am Donnerstag Hunderte von Gastwirten aus Groß-Stuttgart und fast allen Teilen des Landes gegen die letzten Vorkommnisse in Sachen der Preisüberwachung bei den Gastwirten protestiert. Bekanntlich ist der Vorsitzende des Stuttgarter Gastwirtervereins, der in weitesten Kreisen bekannte und angesehene Restaurateur zur Lieberhalle, Alfred Mayer, aus seiner Wirtenschaft heraus durch Beamte des Landespolizeiamts verhaftet und bis zum anderen Mittag auf dem Stadtdirektionsgefängnis wie ein Verbrecher festgehalten worden. Gegen dieses Vorgehen legten sämtliche Nebener die schärfste Verwahrung ein, u. a. sprachen als Referenten Samann-Cannstatt, der die sachgemäße Preisbildung des Gastgewerkes an Hand eines ausführlichen Tafelmaterials nachwies und sich dagegen verwahrte, daß in einer öffentlichen Warnung des Landespolizeiamts das Gastwirtgewerbe wahrheitswidrig des Wuchers beschuldigt wurde, ferner Banghaf und weiterhin der Landtagsabgeordnete Hiller, der Vorsitzende der Handwerkskammer, Wolf, Bäderobermeister Schwarz und eine Reihe von Vertretern des Gastwirtgewerkes. Die eindrucksvolle Versammlung schloß mit dem Annahme einer Resolution, die Genußnahme für den schmählich behandelten Vorsitzenden, sowie das Recht fordert, die Verkaufspreise in Uebereinstimmung mit den Gestehungs- und Wiederbeschaffungspreisen zu bringen.

Zusammenstoß zwischen Nationalsozialisten und Kommunisten.

(ECB.) Göppingen, 12. Dezbr. Auf gestern abend hatte, wie schon gemeldet, die Nationalsozialistische Arbeiterpartei eine Versammlung in den Apostelsaal beim Bahnhof mit H. Weber aus München als Redner ausgerichtet. Zum Schutz der hiesigen noch schwachen Ortsgruppe der Nationalsozialisten hatte man von München einen sog. Sturmtrupp kommen lassen; seine Ankunft, es waren etwa 80 Mann, alle mit Gummimänteln bewaffnet und mit einer Krankenschwester, erregte noch größeres Aufsehen und wirtie auf die vor dem Apostelsaal verammelten Massen herausfordernd. Die Nationalsozialisten setzten sich nach dem Verbot der Versammlung hierauf vom Apostelsaal unter Voranschick des Sturmtrupps in Bewegung nach dem außerhalb der Stadt gelegenen Walfischkeller. Als sie von den ihnen folgenden Kommunisten hart bedrängt wurden, griffen die Münchner zu ihren Knüppeln und schlugen auf einige Ruheföhrer ein. Nun sammelte sich eine große Arbeitermasse am Ausgang der Zehnhäuser Brücke. Es fielen plötzlich Schüsse, einige Verwundete stürzten zu Boden. Auf welcher Seite die Schießerei begonnen hat, konnte noch nicht festgestellt werden. Gegen 9 Uhr traf Schutzpolizei von Geislingen ein, gegen 10 Uhr solche von Ehlingen. Es gelang, weitere Zusammenstöße zu verhindern. Der Münchner Sturmtrupp wurde auf Umwegen zum Bahnhof gebracht und mit dem 11 Uhr Schnellzug zurückbefördert. Der Führer der hiesigen nationalsozialistischen Ortsgruppe wurde verprügelt. Gerichtliche Untersuchung ist aufgenommen.

Simmozheim, 10. Dezbr. Bei der am Sonntag vorgenommenen Gemeinderatswahl wurden bei 535 Wahlberechtigten 551 Stimmen abgegeben. Wider Erwarten entsfielen auf die sozialdemokratischen Bewerber über 900 Stimmen von 1708 gültig abgegebenen Gesamtstimmen, sodaß diese 3, die vereinigten Bürgerpartei 2 Sitze erhalten haben. Gewählt sind somit der Stimmengahl nach: 1. Gottlieb R n ß l e r, Presser (Soz. Part.), 2. Johs. K ü l m l e jr., Bauer (Bürgerpartei), 3. Frdr. W ä d, Maler (Soz. Part.), 3. Trost, Gemeindepfleger (Bürgerpartei) und Adolf M a t t e s, Staats-Strassenwart (Soz. Part.). Von dem Recht des Kumulierens und Panachierens wurde ausgiebig Gebrauch gemacht.

(ECB.) Von der Enz, 12. Dezbr. Von einem Spaziergänger wurde im Wald bei P f o r z e i m die Leiche eines neugeborenen Mädchens aufgefunden. Diese war in einem Schnittmusterbogen und dann wieder in ein zerziffenes weißes Taschentuch eingepackt. Die Kindsmutter ist noch unbekannt.

(ECB.) Stuttgart, 12. Dezbr. Das Ergebnis der Haus- und Straßensammlung ist bis jetzt 2 622 000 M. Unmittelbar bei der Zentralsammlung für Wohltätigkeit sind an Beiträgen eingegangen 5 151 000 M.

(ECB.) Stuttgart, 12. Dezbr. Vom Deutschen Musikerverband wird dem ECB. geschrieben: Die im Deutschen Musikerverband organisierten Musiker befinden sich, soweit die Kaffee- und Kabarettbetriebe in Betracht kommen, im Ausstand. Die Lohnforderungen (45—50 000 M für den Monat Dezember) sind von den Kaffeehaus- und Kabarettbetreibern abgelehnt worden. Der Vertreter des Musikerverbandes, der sich wiederholt um Verständigung bemühte, wurde abgewiesen. Die Inhaber der Betriebe Olgaubau und Fürstenhof haben sich zwar mit ihrem Personal verständigt, jedoch den Konzertbetrieb ebenfalls eingestellt. Das Angebot der Unternehmner beträgt 24—36 000 M im Monat.

(ECB.) Weidenbenten, 12. Dezbr. Am Montag morgen rutschte der Weidenwörter Schuler beim Rangieren eines Güterzuges infolge des Schnees aus. Er geriet unter den Zug, wobei ihm die Füße abgefahren wurden. Er wurde im Sanitätsauto zur Operation ins Krankenhaus überführt.

(ECB.) Gailenkirchen OÄ. Hall, 12. Dezbr. Der 37 Jahre alte verheiratete Schreinermeister Georg Reitemann von hier wollte am Samstag nachmittag an seinem Motor eine Riemenleihe ausprobieren, wobei diese zerplatzte und ihm ein Sprengstück derart an den Kopf geschleudert wurde, daß der Tod sofort eintrat. Der Fall ist umso tragischer, als vor etwa 1 1/2 Jahren sein Vater ebenfalls durch einen Unglücksfall ums Leben kam.

(ECB.) Von der bayerischen Grenze, 12. Dezbr. Schwere Schneestürme und Verwehungen haben den Bahnbetrieb im bayerischen Allgäu zum Teil unmöglich gemacht. Auf der Strecke K e m p t e n - U l m mußte der Morgenzug ausfallen, auf der Strecke Isny—Neute wurde der Verkehr eingestellt. Groß waren die Störungen auf der Strecke Kaufbeuren—Füssen. — Bei Oberjohannheim riß infolge des Sturmes die elektrische Hochspannung in der Nähe einer Schafherde. Der Draht berührte sechs wertvolle Mutterkühe, die getötet wurden und fiel dann in die Röh. Diesem Umstand hat es der Schäfer zu verdanken, daß er nicht auch tot ist, denn er berührte ebenfalls den Draht mit Handföhlen. Der Draht hatte aber eine gute Eableitung im Wasser.

(ECB.) Hemmingen OÄ. Leonberg, 12. Dezbr. Der frühere Schriftföhrer Otto Wagner von Juffenhäusen war hier bei Bekannten. Auf dem Heimweg muß er von einem Eisenbahnwagen in einen anderen gewollt haben, wobei er zwischen den Wagen hinunterfiel. Den Vorgang selbst hat niemand bemerkt. Der Körper wurde vom Zug bis nach Korntal geschleift, ohne daß dies bemerkt worden wäre. Erst auf der Station Korntal bemerkte man das Unglück. Der Tod war längst eingetreten, die Leiche gräßlich verstümmelt.

(ECB.) Teltman, 11. Dezbr. Ein Einbruch wurde nachts im Pelzwarengeschäft Edelmann anscheinend durch zwei junge Männer verübt. Die Täter haben ein Schaufenster zertrümmert und daraus zwei Pelzboas sowie einen Muff entwendet.

Geld-, Volks- und Landwirtschaft.

Der Kurs der Reichsmark.

Der Dollar stand gestern auf 8471 M, der Schweizer Franken auf 1591 M.

Landesproduktionsbörsen.

(ECB.) Stuttgart, 11. Dezbr. Der Getreidemarkt verkehrte auch in der abgelassenen Woche in fester Haltung. Die Preise für Weizen und Roggen waren höher, während die Notierungen für Hafer und Gerste ziemlich unverändert blieben. Geringere Ware bleibt wenig beachtet. Es notierten 100 Kilogramm gesunde trodrene Ware ab württ. Stationen: Neuer württ. Weizen 32—34 000 M (am 4. Dezbr. 30—33 000 M), neue Sommergerste je nach Qualität 23—26 000 M (23—25 000 M), neuer Roggen 28—30 000 M (27—29 500), Hafer 22—25 000 (22—25 000), Weizenmehl Nr. 0 mit Zusatz von Auslandsgetreide 50—56 000 (48—53 000 M), Brotmehl 48 500—53 000 (45 500—50 000) M, Kleie 15—16 000 (14—15 000) M, neues Heu 12—14 000 (8000 bis 10 000) M, drahtgepresstes Stroh 13—17 000 M.

Bereinsung von Vereinsbank und Württ. Bankanstalt.

(ECB.) Stuttgart, 10. Dezbr. In der a. o. Generalversammlung der Württ. Bankanstalt, in der über 40 000 Stimmen vertreten waren, wurde gegen 16 Stimmen der Verschmelzungsvertrag mit der Württ. Vereinsbank in Stuttgart, wonach das Vermögen der Württ. Bankanstalt als Ganzes ohne Liquidation auf die Vereinsbank gegen Gewährung von 32 Mill. Mark Aktien der Württ. Vereinsbank mit Gewinnberechtigung vom 1. Januar 1923 ab übertragen wird, genehmigt.

Die Milchnot der Städte.

Der Verband württ. Milchbedarfsgemeinden hielt am Samstag im Rathaus in Stuttgart eine Mitgliederversammlung ab, um über die drohende Katastrophe in der Milchverföhrung zu beraten. Dr. Frank eröffnete die Versammlung mit dem Hinweis darauf, daß die Preise für Milch- und Milchzeugnisse sehr hoch seien und in die Städte jeden Tag weniger Milch geliefert werde. Amtmann Gözler referierte über die Kemptener Börsen, die dazu dienen soll, nach Aufhebung der Zwangswirtschaft die Preise für Milch und Milchprodukte zu regeln, indem sie Angebot und Nachfrage vermittelt. Jedes Mitglied muß einmal wöchentl. seine Umsätze mitteilen, die gesammelt und in dem bekannten Kemptener Börsenbericht notiert werden. Der Bedarf an Butter und Käse ist viel größer als die Produktion, weshalb bei jeder Notierung Preissteigerungen zu verzeichnen sind. Da aber die Börsen alle Preise, auch die höchsten Wucherpreise notiert, wirkt sie preissteigernd. Diese Preissteigerung ist soweit gegangen, daß im Allgäuer Milchgebiet ein Butterpreis von 1000 M für das Pfund gegen 1100 M in Berlin notiert wurde. Verhängnisvoll wirkt die Börsen auch durch die Rückberchnung des Werkmilchpreises, durch die die Produzenten auch Anteil bekommen sollen an den Konjunkturgewinnen. Dr. Frank gab sodann ein Bild der trostlosen Lage der Milchverföhrung der Städte. Die Zwangswirtschaft wurde aufgehoben, aber die Milchverföhrung ist immer schlechter geworden. Durch die schlechte Anlieferung steigern sich die Nebenkosten ins ungeheure. Trotz aller Maßnahmen ist an eine Besserung der Milchverföhrung nicht zu denken, solange die Zentrifugen ihr Unwesen treiben, d. h. für Butter so hohe Preise bezahlt werden. Er verdichtete seine Ausführungen in folgende Anträge an die Regierung: Da die seitherigen Milchlieferungsverträge keine Gewähr für die Erfassung der entbehrlichen Frischmilch boten und nicht zu verhindern vermochten, daß das Zentrifugen-Unwesen, die Samsterei und das Verfütteln der Milch einen bedrohlichen Umfang angenommen haben, kann eine Besserung nur

